



NIEDERSCHRIFT

12. Gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	9. Oktober 2014
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:50 Uhr

Anwesende:**SPD-Fraktion**

Fischer, Wilhelm
Girardi, Donato
Gürkan, Benjamin
Hofmann, Heike
Koch, Alexander
Kurpiers, Christian
Salzer, Risto Dr.
Sausner, Barbara

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Köhler, Lutz
Snitil, Melinda

ALW-Fraktion

Becker, Ernst-Ludwig
Hamm, Udo Dr.
Petri, Heinz-Ludwig
Pohl, Barbara Dr.

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium**Stadtverordnetenversammlung**

Dittrich, Manfred

Magistrat

Bormet, Helmut
Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Reitz-Gottschall, Angelika
Röhrig, Reinhold
Zeller, Gerhard

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria
Sodo Caroli, Carmelita

Schriftführung

Wilhelm, Monika

Verwaltung

Merlau, Jürgen
Reif-Myrzik, Monika
Ries, Markus
Wigand, Klaus
Zettel, Annette

Presse

Darmstädter Echo: Dr. Marc Wickel

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Kultur, Frau Dr. Barbara Pohl, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 23.06.2014	
2. Erstellung einer Sportentwicklungsplanung Weiterstadt	IX/0780/2
3. Beschlussfassung einer Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Beirates zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und einer/eines Ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten	IX/0719/2
4. Personalkonzept Kita 2020	IX/0879/1
5. Kommunale Jugendförderung; Antrag der ALW-Fraktion	IX/0887

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 23.06.2014

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Erstellung einer Sportentwicklungsplanung Weiterstadt

Drucksache: IX/0780/2

Der Magistrat hat gemäß § 10 der Geschäftsordnung die Drucksache direkt an Ausschuss weitergeleitet.

Als Gäste begrüßt die Vorsitzende Dr. Barbara Pohl Herrn Dr. Stefan Eckl von dem Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung GbR.

Nach der Präsentation der Module und deren Kombinationsmöglichkeiten folgte eine Aussprache.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur beschließen die Drucksache bis zur Haushaltsberatung 2015 im Ausschuss zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung einer Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Beirates zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und einer/eines Ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Drucksache: IX/0719/2

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

In der Diskussion wurden Hinweise auf notwendige Änderungen in der Rechtschreibung und bei den Verweisen gegeben.

Ferner wurde unter § 3 (1) um Punkt g) ergänzt: "1 gesetzliche Vertreterin/ein gesetzlicher Vertreter von Menschen mit Behinderungen." Diese soll wie die Personen aus a) Stimmrecht erhalten. Dies wird auch im § 5 Abs.2 so berücksichtigt. Bei § 4 wurde die Wahlzeit von fünf auf drei Jahren reduziert.

Es wird beobachtet, ob sich der Weg über Wahlen bewährt, ansonsten wird die Satzung an dieser Stelle umgearbeitet. Es wurde betont wie wichtig die aktive Teilnahme der politischen Vertreter in diesem Beirat sind, da sie Lernende sind und gleichzeitig die Bedeutung des Gremiums bestärken.

Bis zur Beschlussfassung der Satzung in der Stadtverordnetenversammlung wird eine überarbeitete Fassung den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates zugestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Satzung über die Bildung und Aufgaben eines Beirates zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und einer/eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten wird in einer überarbeitenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 4
Personalkonzept Kita 2020
Drucksache: IX/0879/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass das Konzept auch für andere Kommunen interessant sein könnte und es soll geprüft werden, ob das Betreuungssicherungskonzept zur „interkommunalen Zusammenarbeit“ dient. Auf die Frage nach Mehrkosten verwiesen Bürgermeister Möller und Frau Wilhelm auf die Verrechnung von zusätzlichen Hauswirtschaftsstunden gegen Erzieherstunden und dass es ein bis 2017 befristetes Modell ist, das im Anschluss ausgewertet wird und erst dann über langfristige Konzepte entschieden wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss und Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Das in der Anlage beigefügte „Personalkonzept KiTa 2020“ zur Umsetzung einer modellhaften Einführung von Maßnahmen gegen den akuten Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 5
Kommunale Jugendförderung; Antrag der ALW-Fraktion
Drucksache: IX/0887**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.09.2014 den Antrag der ALW-Fraktion zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

In der Diskussion bekräftigte Bürgermeister Möller, dass es zu einer zeitnahen Entscheidung kommen sollte, da die Planungen des Braunshardter Bürgerzentrums zurzeit Jugendräume einschließt. Diese Kosten wären dann evtl. einzusparen.

Hr. Ries sieht interessante Aspekte, die eingehender überprüft werden müssten, bei der räumlichen Integration von Jugendhilfe, Vereinsangeboten und Schulen hinsichtlich der Veränderungen des pädagogischen Auftrages und dank möglicher Synergieeffekte.

Die politischen Vertreter sprachen sich dafür aus, früh ins Gespräch mit möglichen Kooperationspartnern zu gehen und die Jugendlichen bei der Planung bzw. Umsetzung der Maßnahme zu beteiligen.

Der Haupt- und Finanzausschuss und Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Einen Bericht zur kommunalen Jugendförderung zu erstellen.
2. Betrachtungen zu alternativen Standorten zum kommunalen Jugendzentrum an der Arheilger Straße anzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Dr. Barbara Pohl
Vorsitzende

Wilhelm Fischer
Vorsitzender

Monika Wilhelm
Schriftführung